



Dem Kapitalismus den Stecker ziehen

Wirtschaftspolitik: Das Energieeffizienzgesetz verhindert Wachstum und kostet Wohlstand

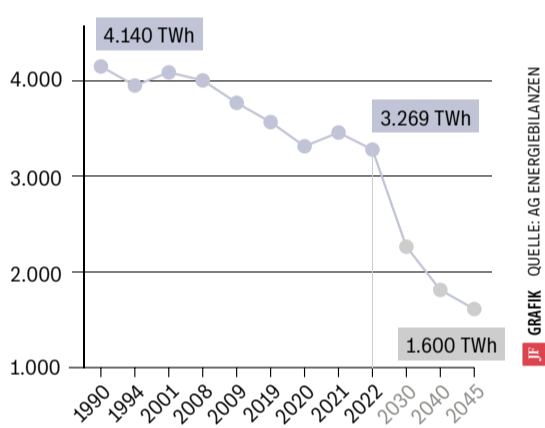
Wirtschaftsminister Robert Habeck (l.) und sein CDU-Vorgänger Peter Altmaier: Fragwürdige Zahlenangaben und illusorische Einsparpläne

REINER OSBILD

Auf der Krim tobt der Bürgerkrieg, in Armenien stehen die Türken, und Georgien ist noch eine demokratische Republik – dennoch propagiert Regierungschef Wladimir Iljitsch Lenin im November 1920 auf einer Moskauer KP-Konferenz den Goelro-Plan unter dem Motto: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus die Elektrifizierung des ganzen Landes, denn ohne Elektrifizierung ist es unmöglich, Industrie aufzubauen.“ Am 22. Dezember 1920 wurde das Dekret zur „Elektrifizierung Rußlands“ verabschiedet. Innerhalb von zehn Jahren steigerte sich die Stromproduktion von 0,5 auf 8,4 Terawattstunden (TWh) – das Vierfache des Wertes von 1913. 1935

Primärenergieverbrauch

in Deutschland in Terawattstunden (TWh)



flossen aus Sowjet-Kraftwerken schon 28,3 TWh.

Ein gutes Jahrhundert später können wir uns beruhigt zurücklehnen. Kommunismus im Leninschen Sinne ist es nicht, was die Ampel mit ihrem Energieeffizienzgesetz (EnEfG) will: Der deutsche Primärenergieverbrauch (Industrie, Kraftwerke, Haushalte, Verkehr, Handwerk, Dienstleistungen, Landwirtschaft) soll nicht steigen, sondern bis 2030 um mindestens 39,3 Prozent auf 2.252 TWh sinken. 2040 sollen es im Vergleich zu 2008 51 Prozent weniger sein (1.800 TWh) und 2045, im ersten Jahr der „Klimaneutralität“, sogar 57 Prozent weniger (1.600 TWh) – und das mit E-Autos, Wärmepumpen und „einer Phase großen Wachstums“, wie SPD-Kanzler Olaf Scholz beim „Münchener Spitzengespräch der Deutschen Wirtschaft“ versprach.

2.252 TWh, das wäre das Vierfache der „erneuerbaren“ Energieerzeugung von 2022. Das ist in sieben Jahren unmöglich, also müßten Gas (2022: 773 TWh) und Öl (1.154 TWh) weiter massiv eingesetzt werden. Atom- und Kohlestrom (752 TWh) sind bzw. sollen ab 2030 ja keine Alternative mehr sein. Doch schon die EnEfG-Zahlenangaben sind fragwürdig: Der deutsche Primärenergieverbrauch lag 2008 laut der AG Energiebilanzen – eigene Statistiken führt Habecks Haus anscheinend nicht – bei 3.994 TWh. Das wären bei einer Reduktion um 39,3 Prozent aber 2.425 TWh – nicht 2.252 TWh. Wahrscheinlich haben sich EnEfG-Autoren im grünen Wirtschaftsministerium nur in der Excel-Spalte geirrt: Im Rezessionsjahr 2009 lag der Primärenergieverbrauch bei nur 3.759 TWh – selbst dann würden die EnEfG-Vorgaben nur grob stimmen.

Auch der Gesetzesname ist Etikettenschwindel. Denn es geht nicht darum, Produktion und Konsum effizienter zu gestalten, sondern die Energiemenge soll drastisch reduziert und quasi gedeckelt

werden. Denn die Energieproduktivität ist zwischen 2008 und 2021 schon um jahresdurchschnittlich 1,4 Prozent gestiegen. Sie zeigt, wieviel Geldleistungen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) pro Energieeinheit erzeugt werden. Das Ifo-Institut rechnet vor, daß eine Fortschreibung der Effizienzgewinne in gleichem Tempo bis 2030 nicht ausreichen würde, um die EnEfG-Vorgaben zu erfüllen. Eine jährliche Steigerung der Energieeffizienz um vier Prozent, was fast eine Verdreifachung wäre, ist illusorisch. Vielmehr müßte das BIP um schätzungsweise 14 Prozent schrumpfen warnt Ifo-Chef Clemens Fuest. Die leicht umzusetzenden Einsparungen sind längst erfolgt. Nachfolgende Maßnahmen sind teuer und unergiebig (Ifo Standpunkt 248/23).

CO₂-Emissionshandel verteuert Energie längst europaweit

Lenins bolschewistische Diktatur wollte Industriewachstum, das EnEfG setzt unausgesprochen auf Deindustrialisierung. Die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise passen da perfekt ins Konzept. Die deutsche Wirtschaft hat das erkannt: „Der Verlust industrieller Wertschöpfung ist keine theoretische Gefahr mehr. Er findet bereits statt“, heißt es in einer gemeinsamen Verbandserklärung von BDA, BDI, DIHK und ZDH. Auch ein unionsgeführtes Kabinett würde es kaum anders machen: „Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die deutsche Wirtschaft weltweit zur energieeffizientesten Volkswirtschaft zu formen und bis 2050 den Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 zu halbieren“, verkündete Robert Habecks Vorgänger Peter Altmaier am 18. Dezember 2019 in seiner „Energieeffizienzstrategie 2050“. Der CDU-Politiker verlangte 30 Prozent weniger Primärenergieverbrauch bis 2030 und die Halbierung des deutschen Primärenergieverbrauchs zehn Jahre später. Immerhin bezog sich all dies tatsächlich auf das Jahr 2008. „Dank“ Corona sank der Primärenergieverbrauch wirklich auf 3.304 TWh, etwas mehr als die Hälfte der angestrebten Einsparungen nach 12 von 22 Jahren. Die Erholung 2021 ließ den Verbrauch aber wieder auf 3.448 TWh ansteigen. Erst der Ukrainekrieg und die Sanktionen drückten den Verbrauch auf nur noch 3.269 TWh.

114 Seiten umfaßt der EnEfG-Entwurf, und er liest sich teilweise wie ein Papier der Staatlichen Plankommission der DDR (SPK). Akribisch sind beispielsweise Energieobergrenzen für die Bundesländer aufgeführt. Diese sollen in ihrer Verwaltung, bei den öffentlichen Gebäuden und Betrieben von 2024 bis 2030 fünf TWh einsparen – das wären weniger als 0,2 Prozent des Gesamtverbrauchs. Davon entfallen 1,147 TWh auf NRW – das sind 22,94 Prozent der anvisierten fünf TWh. Niedersachsen kommt mit minus 10,01 Prozent davon, das Saarland mit minus 1,84 Prozent oder 0,092 TWh – Lenins „Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands“ verzichtete 1920 noch auf solch „deutsche Gründlichkeit“. In dieselbe Richtung gehen die teils minutiösen EnEfG-Vorschriften für Datenzentren. Da dürfte die dringend erforderliche Digitalisierung lieber ins Ausland abwandern.

In den SPK-Fünfjahresplänen glaubte man auf Märkte und dezentrale Entscheidungen verzichten zu können, es gab Festpreise – und man scheiterte krachend. Eine Marktwirtschaft setzt hingegen auf die Informations- und Koordinierungsfunktion von Preisen und Märkten. Preise besitzen eine Anreizfunktion, um mit dem Einsatz von Vorprodukten möglichst sparsam umzugehen. Nur wenn deren Preise nicht alle Kosten umfassen, weil sie etwa Umwelt- oder Klimabelange vernachlässigen, dann kann der Staat das korrigieren. Beim CO₂ tut das die EU mit ihrem Emissionshandel (ETS) und Deutschland mit seiner zusätzlichen „CO₂-Bepreisung“. Es gibt also längst einen ständig teurer werdenden Anreiz zu geringerem Energieeinsatz.

Ein Witz sind die im EnEfG-Entwurf genannten Kosten von 354 Millionen Euro einmalig und 982 Millionen Euro laufend für die Betriebe – verglichen mit dem vom Ifo-Institut veranschlagten BIP-Wegfall von 540 Milliarden Euro. Das wären etwa 6.500 Euro pro Kopf. Wie man da behaupten kann, das EnEfG enthalte für die Bürger keine Be- oder Entlastungen, ist das Geheimnis der postmodernen Ökonomie des Ampel-Kabinetts. Der rote Kommunismus versuchte mit Energie den Kapitalismus auszustechen. Der grüne Kommunismus will den Kapitalismus dadurch besiegen, daß er ihm den Stecker zieht. Nach 75 Jahren sozialer Marktwirtschaft folgt nun Negativwachstum – und Wohlstandsvernichtung statt Wohlstand für alle.

Prof. Dr. Reiner Osbild ist Ökonom und Ordinarius an der Hochschule Emden/Leer. www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/entwurf-eneffg.pdf

Deutschland abhängig von US-Technologiekonzernen

DÜSSELDORF. Der frühere Chef der „Wirtschaftswesen“, Bert Rürup, rechnet nicht mit Massenarbeitslosigkeit durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung arbeite zwar in Deutschland ein Drittel aller Beschäftigten in einem Beruf mit hohem KI-„Substituierbarkeitspotential“, aber durch Innovationschübe seien meist auch viele neue Berufe und Arbeitsplätze entstanden. „Zum größeren Problem für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft könnte werden, erneut in Abhängigkeit von US-amerikanischen oder chinesischen Technologiekonzernen zu geraten“, warnte der emeritierte Wirtschaftsprofessor von der TU Darmstadt im *Handelsblatt*. Zwar stimmten viele ChatGPT-Grundlagen vom deutschen KI-Pionier Jürgen Schmidhuber (TU München), doch in 1990er Jahren war Rechenzeit viel teurer als heute. Europa werde es dennoch auch künftig schwer haben: „Die Amerikaner haben die schnellsten Prozessoren und die besten Forschungseinrichtungen, die Chinesen verfügen über die größte Masse an Daten, haben die geringsten Skrupel bei der Auswertung und das höchste Tempo bei der Implementation von Neuerungen“, erklärte Rürup. (fis) iab.de/publikationen

Klimawende: Mehrarbeit und jahrelange Stagflation

KÖLN. Der Ökonom Michael Hüther hat wegen der „Klimawende“ und der Überalterung Mehrarbeit verlangt. „Jetzt geht es um eine große neue Perspektive: Klimaneutralität per Termin 2045“, erklärte der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in den *Salzburger Nachrichten*. „Wir haben hohe Steuer- und Regulierungslast. Und wir müssen mit einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung umgehen. Das sind erhebliche Belastungen.“ Er sei zwar für mehr Zuwanderung, das löse jedoch nicht alle Probleme: Aber „würde in Deutschland zwei Stunden mehr pro Woche gearbeitet, könnten wir bis 2030 den demographischen Verlust im Arbeitsvolumen ausgleichen“, so Hüther. Die diskutierte Viertagewoche sei „kein überzeugendes Konzept“. Zudem müsse der CO₂-Preis „stark steigen, um die Klimaziele zu erreichen“. Das bringe Inflation: „Nicht fünf oder sechs Prozent, aber eher drei als zwei Prozent, und das bei schwachem Wachstum. Vor uns liegt also ein Jahrfünft der Stagflation“, erläuterte der IW-Chef. (fis) www.iwkoeln.de/presse

Von der Saar-Mark zum inflationären Euro

Geldpolitik: In Deutschland gab es seit Ende des zweiten Weltkrieges sieben Währungsreformen / Unterschiedliche Absichten und viele Probleme

DIRK MEYER

Deutsche haben seit 1945 sieben Währungsreformen erlebt. Die Saarländer bekamen im Juni 1947 von der französischen Besatzungsmacht die Saar-Mark, fünf Monate später den Franc und erst ab 1959 die D-Mark. Nach der Reichsmark (RM) hatten Westdeutsche ab 21. Juni 1948 die D-Mark (JF 25/23), in der Sowjetzone kam der erste Währungstausch drei Tage später. Erst am 24. Juli gab es die neuen Geldscheine der Mark der Deutschen Notenbank (MDN) und ab Juli 1990 die D-Mark. Die Euro-Einführung war das die erste gemeinsame Währungsreform seit 1923.

Zunächst symbolisieren alle Währungen eine hoheitliche Identifikation. Die Münzen fallen weiterhin in nationale Zuständigkeit. Der Finanzminister darf den Münzgewinn (Nennwert abzüglich Produktionskosten) vereinnahmen. Deshalb haben die Euromünzen eine gemeinsame und eine nationale Seite. Um kein Land zu benachteiligen, sind die Motive der Euro-Banknotenserie „Zeitalter und Stile“ rein fiktiv. Der Name „Euro“ sollte verbinden und überall leicht ausgesprochen werden können. Die Umbenennung der MDN in Mark der DDR 1968 war keine Währungsreform, sondern sollte die Eigenstaatlichkeit der DDR betonen. Auch mit der Saar-Mark sollte die Abtrennung des Saarlandes von Deutschland und der politisch-wirtschaftliche Anschluß an Frankreich eingeleitet werden.

Die Warenknappheit bzw. ein Geldüberhang sowie staatliche Preisengriffe (verbilligte Lebensmittel, Wohnraum) führten zu einer zurückgestauten Inflation bei RM, DDR-Mark und Franc, die hohe Erwartungen an die Einführung einer „harten“ D-Mark verband. Die Einführung der MDN in der Sowjetzone war eine Blitzreaktion auf die Währungsreform in der Trizone, da hier der Umtausch von RM in D-Mark-Bargeld (10:1) und Bankguthaben (100:6,5) eine Quasi-Enteignung darstellte. Um diese zu umgehen, wurden RM-Bestände in die Ostzone gebracht. Es bestand die Gefahr, daß eine dadurch ausgelöste Inflation die privaten Bargeldbestände in Ostdeutschland über Nacht völlig wertlos machen würden. Deshalb wurde am 24. Juni zunächst ein auf 70 RM begrenzter Bargeldumtausch durchgeführt („Klebmark“) – und dieser Tag war auch der Anlaß für die sowjetische Berlin-

Blockade. Selbst nach der Wiedereingliederung des Saarlandes 1957 und bei der Umstellung des Franc auf die D-Mark 1959 gab es Probleme. Um keine „Desintegrationsinflation“ zu erzeugen, mußten die D-Mark-Ausgaben die eingenommenen Franc an die Banque de France abführen.

Bei der Euro-Einführung ging es nicht nur um den europäischen Einigungsgedanken, sondern um die Einhegung der stabilen D-Mark und den Schutz abwertender Weichwährungen (Lira, Franc, Peseta, Pfund) durch Ausschaltung der Währungskonkurrenz. Hinzu kam die vornehmlich französische Forderung nach einer Einbindung Deutschlands als Voraussetzung für die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung.

Wäre eine Euro-Transferunion wirklich dauerhaft akzeptabel?

Die Währungsumstellungen führten zu vielfältigen Problemen. Ein Überraschungseffekt ist dann notwendig, wenn Ausweichreaktionen verhindert werden müssen. Das war so bei Einführung einer „Hart“-Währung wie der D-Mark 1948, wo ein Geldüberhang der Altwährung RM durch Enteignung vernichtet werden sollte. Unproblematisch gelang dagegen die Euro-Einführung 1999 als Buchgeld und ab 2002 als Bargeld. Die Kurse der zunächst elf Euro-Länder orientierten sich in einem im Vorfeld festgelegten Verfahren an den Marktkursen. Von daher gab es kein Interesse an Umgehungen. Dadurch wurden auch die an sich schon erheblichen logistischen Anstrengungen (Druck der Banknoten, Transport zu den Ausgabestellen, Automatenumstellung) nicht zusätzlich erschwert. Um bei einem Austritt eines großen Eurolandes (Italien) oder einer Falschgeldinvasion schnell reagieren zu können, bevorratet die EZB zudem eine Ersatzserie ihrer Euronoten.

Als Binnenwährung galt die MDN lediglich als Zahlungsmittel innerhalb der DDR. Da sie nicht am Devisenmarkt frei konvertierbar war, wurde der Wechselkurs gegenüber anderen Währungen staatlich festgelegt. Parallel waren Kapitalverkehrskontrollen notwendig, die den Zufluß von D-Mark zugunsten einer staatlichen Devisenbewirtschaftung für Importe regulierte. Allerdings gelang auch hier die Überführung der DDR-Mark ohne Geheimhal-

tung. Zwar lag der Schwarzmarktkurs der DDR-Mark Ende 1989 bei 20:1. Auf den ab dem Januar 1990 erlaubten Valutakonten wurde der offizielle Kurs hingegen mit 5:1 festgelegt, so daß sich auf dem Schwarzmarkt der Umtausch nur für illegal erworbene bzw. unbesteuerbare DDR-Mark-Bestände zu dem schlechteren Kurs von jetzt 8:1 lohnte.

Die Umstellung zum 1. Juli 1990 brachte dann Traumkurse, indem Bürger der DDR Freibeträge von 2.000 bis 6.000 DDR-Mark 1:1 und darüber hinaus im Verhältnis 2:1 in D-Mark tauschen konnten. Dieser Kurs war anders als beim Saar-Franc 1959 hochgradig überbewertet. Realistische Schätzungen gingen von etwa 6:1 aus. Es war eine Abwägung zu treffen: Ein niedriger Umtauschkurs hätte die ostdeutschen Ersparnisse stark schrumpfen lassen und aufgrund des geringen, aber der Marktleistung entsprechenden Lohnniveaus die Westwanderung weiter gefördert.

Umgekehrt war die Folge des marktwidrigen Umtauschkurses eine langwierige Umstellungsrezession im Ostteil des heterogenen D-Mark-Raums, der umfangreiche regionale Transfers von West nach Ost notwendig machte. Zudem stieg die Inflation auf fünf Prozent (1992) aufgrund der getauschten D-Mark-Bestände. Die Lehre: Eine Euro-Transferunion könnte schnell an die Grenzen der Akzeptanz führen. Eine Euro-Neuordnung aufgrund einer Überschuldung Italiens, dauerhaft hoher Inflationsraten oder nicht mehr akzeptierter Nettozahlungen in eine Fiskalunion dürfte alle bisherigen Probleme aufgeführte Währungsumstellungen in den Schatten stellen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. 2002 erschien sein Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“ (Springer Fachmedien).

Zahl der Woche

Mit 65,1 Quadratmetern pro Kopf hatten Haus- und Wohnungseigentümerhaushalte 2022 mehr Wohnfläche zur Verfügung als der durchschnittliche Mieterhaushalt (48,5 Quadratmeter/m²). Bei Eigentümerhaushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher über 64 Jahre alt war, lag die Fläche pro Kopf bei 78,1 m², in der Altersklasse 45 bis 64 waren es 61 m², und bei den 24- bis 44jährigen waren es 50,3 m². Die Mieterhaushalte hatten 58,3 m² (über 64 Jahre), 48,5 m² (45 bis 64) und 42,7 m² (24 bis 44). Die Fläche von Balkonen und Terrassen wurde dabei zu einem Viertel dazugerechnet. *Quelle: Statistisches Bundesamt*

Rainer Balzer

DEUTSCHLAND STEHT KOPF

Für die „Bekämpfung der Pandemie“ wurden tausende Hotels, Kneipen, Künstler runiert – und gleichzeitig Unsummen an die EU und die Flüchtlingshilfe überwiesen ...

Blick ins Buch

DAS BUCH ZUR LAGE!

Das Buch mit über 100 weiteren Themen hier

online bestellen:

rainerbalzer.de/Deutschland-steht-Kopf

ANZEIGE